

Sehr geehrte Damen u Herren!

Ich halte hiermit fest, dass ich mit dem neuen, bereits zur Begutachtung eingereichten LehrerInnendienstrecht in keinster Weise einverstanden bin und aufs schärfste dagegen protestiere.

1.

Es werden kontrolliert Informationen an die Medien abgegeben werden, die einen falschen Eindruck erwecken und nicht der Tatsache entsprechen, weil die Neuorganisation des LehrerInnendienstrechts sowohl eine qualitative Verschlechterung für den Unterricht, als auch eine stark finanzielle Verschlechterung für LehrerInnen bedeutet.

2.

Ich fühle mich, meine Kompetenz und meinen Professionsanspruch mit Füßen getreten, da das LehrerInnendienstrecht_Neu ein einziges Sparpaket auf Kosten der AHS und BHS darstellt, damit das Prestigeprojekt der Politik, die Gesamtschule, umgesetzt werden kann. Nur am Rande lässt sich hier die Bemerkung machen, dass dieses System der Vereinheitlichung als gescheitert betrachtet werden kann, denn Länder, wie zB England, die dieses schon vor Jahrzehnten eingeführt haben, entfernen sich mittlerweile wieder davon, weil zu wenig erfolbringend! Hier blind einem Vorbild zu folgen, ohne dies in Frage zu stellen beweist wieder einmal die Kurzsichtigkeit der österr. Politik.

3.

Das neue LehrerInnendienstrecht bedeutet auch auf sehr lange Sicht gesehen eine dramatische Verschlechterung für alle Beteiligten.

LehrerInnen sind die BildhauerInnen der Zukunft, weil sie zukünftige Generationen ausbilden, die die Gesellschaft stützen und weiterbestehen lassen. Arbeiten LehrerInnen schlecht, verlassen schlechte LernerInnen das System, die noch weniger als bisher am Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen können und die zu Problemfällen werden.

4.

Das neue LehrerInnendienstrecht wird maßgeblich zu einer Verschlechterung des Bildungssystems beitragen, da bei dem vom neuen Dienstrecht geforderten Arbeitspensum - wozu auch weiterhin zahlreiche administrative Arbeiten gehören, Arbeiten, die von niemandem von Ihnen gesehen werden wollen - kein qualitativvoller Unterricht aufrecht erhalten werden kann!!

Das eigentlich abgedachte Unterstützungspersonal kommt im Gesetzesentwurf nicht vor, LehrerInnen werden also weiterhin zusätzliche administrative Tätigkeiten leisten müssen, die nichts mit der Kernkompetenz zu tun haben.

5.

Die Anhebung des Arbeitsvolumens wird zur Folge haben, dass nur mehr standardisierte Unterrichtseinheiten abgehalten werden können, es werden weniger Korrekturen erfolgen können, weniger Vorbereitungs- und Nachbereitungszeit vorhanden sein, da das neue Dienstrecht eine Mehrbelastung von bis zu 40% bedeutet, vor allem durch die nicht zu akzeptierende Nivellierung aller Fächer, ungeachtet ob Schularbeiten geschrieben oder zahlreiche Hausübungen korrigiert werden sollen.

6.

Die angedachten Zusatzzahlungen im Falle von Oberstufenklassen und Schularbeitsfächern ändert nichts an der Tatsache, dass sich das Arbeitspensum erhöht und diese Mehrarbeit nicht abgegolten wird. Die SchülerInnen werden Leidtragende der Einsparung sein, da die Qualität des Unterrichts ebenso sinken wird, wie die Möglichkeit der individuellen Förderung, weil mehr Arbeit auch bedeutet weniger Zeit für den einzelnen zu haben

7.

Die Berechnung der Gehälter, welche präsentiert wird, entspricht nicht der Realität. Als Junglehrerin werde ich zwar zu Beginn mehr verdienen, dennoch werde ich Verluste von bis zu 500.000 Euro über die Dauer meiner Dienstzeit tragen müssen, weil in den Berechnungen nicht berücksichtigt wird, dass zukünftig für eine volle Lehrverpflichtung um vieles mehr gearbeitet werden muss, und die Gehaltskurve nach einiger Zeit sehr stark abflacht.

8.

Sich über die Köpfe der Gewerkschaft hinwegzusetzen bedeutet das Ende der Sozialpartnerschaft, und einen klaren Missbrauch politischer Macht. Es ist ein Akt der Respektlosigkeit der kaum zu überbieten ist.

9.

In Ermangelung von wahrer Kenntnis des Schulsystems wird hier eine Gesetzeslage geschaffen, die immer weniger in den Lehrberuf locken wird, angesichts des bereits herrschenden LehrerInnenmangels eine katastrophale Entscheidung.

10.

Zu glauben, dass ständige Kontrolle und weitere Zwänge das System verbessern könnten, kann nicht der richtige Weg sein, wenn man sich die Schulautonomie von nordischen Ländern ansieht, die gerne als Beispiel herangezogen werden

11.

das System Schule wird durch das LehrerInnendienstrecht_neu kaputtgespart, und LehrerInnen verheizt.

Ich bin entsetzt und zutiefst enttäuscht von so viel Missachtung der Leistung einer ganzen Berufsgruppe gegenüber und der Ignoranz mit welcher den absehbaren schwerwiegenden Folgen entgegengetreten wird.

(Ich stimme einer Veröffentlichung zu)

Julia Poscharnig